

Bei der Verhandlung über die von der Regierung erbetene Indemnität sagte Graf Bismarck: „Wir wünschen den Frieden, nicht weil wir kampfunfähig sind; im Gegentheil, die Fluth ging mehr zu unseren Gunsten, als vor Jahren. Wir wünschen den Frieden, weil das Vaterland ihn bedarf, — weil wir hoffen, ihn jetzt zu finden. Wir suchen den Frieden ehrlich, um die Aufgaben, die uns zu lösen bleiben, mit Ihnen in Gemeinschaft zu lösen. Nur gemeinsam werden wir sie lösen können, indem wir auf beiden Seiten erkennen, daß wir dem Vaterlande mit demselben guten Willen dienen.“ Auch von früheren Gegnern der Regierung wurde jetzt anerkannt, daß das von derselben in den letzten Jahren beobachtete Verfahren zum Heile des Landes gereicht habe, und mit großer Mehrheit wurde deshalb die erbetene Indemnität ertheilt. Damit war der langjährige Verfassungstreit beendet und die Hoffnung des Königs auf Wiederherstellung des inneren Friedens erfüllt. Die Landesvertretung bewilligte nunmehr auch die von der Regierung ausdrücklich als Zeichen des Vertrauens zu ihrer Politik erbetenen Mittel für die außerordentlichen Bedürfnisse des Heeres und der Flotte. Graf Bismarck sagte dabei: „Mit dieser Vorlage richtet die Regierung die Frage an Sie, ob Sie Vertrauen zu der bisherigen Führung der auswärtigen Politik haben, ob Sie Zeugniß ablegen wollen für den festen Entschluß des preussischen Volkes, die Errungenschaften des letzten Krieges festzuhalten und zu vertheidigen. — In diesem Sinne bitte ich Sie, bethätigen Sie durch Ihre Bewilligung, daß die Versöhnung der Geister, daß die Absicht, gemeinschaftlich das Wohl des Landes, des engeren und des weiteren Vaterlandes zu fördern, eine aufrichtige und tiefgreifende ist.“ — Einer der angesehensten Führer der vormaligen Opposition erwiderte hierauf: „Wir bewilligen die von der Regierung geforderten Mittel als einen Beweis des Vertrauens, welches wir in die Führung der auswärtigen Politik der Regierung setzen, als Beweis der Anerkennung dessen, was bisher geleistet ist, und als die Zusicherung unserer Unterstützung in Verfolgung dieses Weges auch für die Zukunft.“ Er fügte hinzu, daß man sich früher über die Ziele der Regierung geirrt habe. „Jetzt liegen uns diese Ziele klar vor, so daß wir die Regierung mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln kräftigen wollen, damit sie die Einheit Deutschlands und die Machtstellung Preußens in Deutschland befestigen kann.“

Die wiederhergestellte Einigung zwischen der Regierung und der Landesvertretung machte sich in segensreichem Zusammenwirken auf allen Gebieten des Staatslebens geltend, und erhöhte zugleich die Hoffnungen, mit welchen der König und das Volk an die weitere wichtige Aufgabe Preußens, an die Begründung der nationalen Einheit Deutschlands herangingen.

## 61. Die Gründung des Norddeutschen Bundes und die innere Entwicklung bis 1870.

Der Norddeutsche Bund. In demselben Augenblicke, wo der alte deutsche Bund zusammenbrach, hatte die preussische Regierung erklärt: Der König von Preußen wolle mit dem Erlöschen des bisherigen Bundes nicht zugleich die nationalen Grundlagen, auf denen derselbe aufgebaut gewesen, als zerstört betrachten; Preußen halte an diesen Grundlagen und an der Einheit der deutschen Nation fest und sehe es als eine unabweißliche Pflicht der